

Noch nie ist es Palästinenserpräsident Mahmud Abbas gelungen, so viel Druck aufzubauen: Die Vereinten Nationen sollen im September einen unabhängigen Staat Palästina anerkennen. Mehr als 120 Länder werden voraussichtlich in der Generalversammlung für Palästina stimmen. Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien neigen der Idee zu, aber haben sich noch nicht eindeutig geäußert. Ein Veto der USA im Sicherheitsrat gilt jedoch als sicher. Die Zweistaatenlösung, also ein unabhängiger Staat Palästina neben Israel, gilt seit Langem als Ziel, mit dem der Unruheherd im Nahen Osten endlich befriedet werden könnte. Aber stimmt das? Stellen wir doch einmal die Frage, auf die es ankommt: Was würde passieren, wenn die Vereinten Nationen tatsächlich einen Staat Palästina anerkennen würden?

Der Konflikt wird vorerst nicht enden. Denn die Hardliner auf beiden Seiten haben zu viel Einfluss.

Gehen wir von einem realistischen Szenario aus: Hardliner auf beiden Seiten, vor allem auf palästinensischer, würden sich mit einem Staat in den Grenzen von 1967 nicht zufriedengeben, ob nun ein Gebietsaustausch stattfindet oder nicht. Die radikale Palästinenserorganisation Hamas hat sich erst kürzlich erneut geweigert, Israel überhaupt anzuerkennen. Selbst bei der Fatah gibt es Vorbehalte.

Was auch immer im Herbst geschehen wird, der Konflikt wird nicht enden. Diese Annahme ist eigentlich keine Annahme – es ist eine unumstößliche Tatsache, und die Anschlagserie am Donnerstag liefert einen weiteren Beweis. Doch können zu viele Menschen diese Tatsache intellektuell und psychologisch scheinbar nicht hinnehmen. Warum? Weil ansonsten die hehre Hoffnung vom baldigen Frieden, von der „Zweistaatenlösung“ und vom „Endstatus“ allzu entrückt scheint.

Denn in die aufgeklärte westliche Seele, in Amerika sowie in Europa, wurde eines fest eingebrannt: Fortschritt ist möglich, Angefangenes wird gefälligst zu Ende gebracht. Probleme werden gelöst.

Nehmen wir ein zweites Szenario an. Gehen wir einmal davon aus, dass es keine Siedlungen gäbe, die über die ganze Westbank zerstreut sind. Nehmen wir an, all diese lästigen Siedler würden ihre Sachen packen und aus Ariel, Givat Ze'ev, Giló und sogar Ma'ale Adumim verschwinden. Natürlich ist das vollkommen unrealistisch. Aber eine sol-

Sind erst mal die Siedler raus, dann gibt's Frieden. Das glauben viele. Aber so einfach ist es nicht.

che Annahme hilft, zu einer nüchternen Betrachtung zu kommen. Zu viele Beobachter in den USA und Europa sind davon überzeugt, dass die Siedlungen – und allein die Siedlungen – das Haupthindernis für den Frieden und die Errichtung eines palästinensischen Staates seien. Nach dem Motto: Sind erst die Siedler raus, dann gibt's Frieden. Wer die Grundannahme dieses Arguments teilt, der steht moralisch sofort auf der sicheren Seite: Fortschritt bleibt möglich, Frieden ist greifbar – wenn nur diese Siedler nicht wären. Das Problem dabei ist: Mit der Realität hat all das wenig zu tun. Denn die Grundkonstanten des Konflikts werden von israelischer Siedlungspolitik nicht entscheidend verändert, nur verdeckt. Dazu gleich mehr.

Es ist also September, es gibt einen Staat Palästina, der Konflikt geht weiter und wir ignorieren die Siedler. Was dann?

Die erste Folge wäre erhöhter internationaler Druck auf Israel. In Israel hat die Debatte derzeit leicht paranoide Züge angenommen. Besonders die Rechte verfallt geradezu in Panik, weil die Legitimität des jüdischen Staats aus ihrer Sicht immer weiter untergraben wird. Die jüngsten Wegmarken der internationalen Kritik an Israel sind der Gaza-Krieg von 2008/2009 (Vorwurf der ungerechtfertigten Gewalt), der Goldstone-Report (der feststellt, Israel habe im Ga-

Der Traum trügt

Gäbe es neben Israel auch noch einen Staat Palästina, dann würde im Nahen Osten endlich alles gut, glauben viele. Die Palästinenser nehmen gerade einen neuen Anlauf bei den Vereinten Nationen. Doch was würde dadurch eigentlich gelöst? Ein Warnruf. Von Thomas Rid



DIES LAND IST UNSER LAND

Palästinensische Jugendliche fordern bei einer Demonstration im Westjordanland, die jüdischen Siedler sollten abziehen. (foto: apf)

za-Krieg gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen), die Affäre um die Gaza-Flottille (als israelische Soldaten sechs mit Hilfsgütern für den Gazastreifen beladene Schiffe enterten, wobei es Tote gab). Bei jeder Kritik wittert die Rechte eine anti-israelische Absicht. Dazu kommt die unbeholfene und aggressive Diplomatie des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu.

Breite internationale Unterstützung für Palästina im September könnte die Erosion der israelischen Legitimität beschleunigen: Dann nämlich, so würden wohl viele argumentieren, würden die israelischen Streitkräfte illegal einen souveränen Staat besetzen – nicht etwa den Teil eines Staates, wie im Fall der Golanhöhen, sondern einen ganzen Staat. Das könnte für Israel zum echten Problem werden. Boykotte, diplomatische Isolation, die Möglichkeit, dass im Ausland noch mehr Anklagen gegen israelische Politiker und Offiziere erhoben würden. Aber eine Sache ist genauso klar: Es würde Israel nicht zu Fall bringen. Was uns zu Punkt zwei bringt.

Die zweite wahrscheinliche Folge wäre, nun ja, nicht sehr viel: Es bliebe vieles, wie es heute ist. Israels Wirtschaft wird sehr wahrscheinlich weiter deutlich stärker sein als die all seiner Nachbarn. Aber vor allem jene Grundkonstanten des Konflikts blieben nach wie vor erhalten: Israel würde wahrscheinlich auf einer militärischen Präsenz im Jordantal bestehen. Es bliebe unklar, wie Jerusalem und die heiligen Stätten der Stadt aufgeteilt würden. Das Rückkehrrecht würde ein kontroverses Thema bleiben. Israels Sicherheitskräfte würden eine gewisse Form von Kontrolle über Palästina behalten, auch um eine ausreichende Sicherheit für den Ben-Gurion-Flughafen herzustellen, der unweit der Grenzen von 1967 liegt. Vor allem würde die Hamas weiterhin Gaza beherrschen. Dschihadisten im Gazastreifen würden vermutlich weiterhin israelische Ortschaften im Süden angreifen, womöglich sogar die Hamas. Aber früher oder später würden die israelische Mitte und sogar die Rechte fest-

stellen, dass ihre schlimmsten Ängste nicht wahr geworden sind.

Das Gegenteil geschähe auf palästinensischer Seite: Es bliebe alles mehr oder weniger beim Alten, aber die Enttäuschung darüber würde wachsen, angetrieben durch laute Jubelfeiern über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit in den Straßen von Ramallah, Bethlehem, Nablus und womöglich Gaza. Palästina würde vermutlich als ein gescheiterter Staat geboren werden, tief gespalten, weiter besetzt, nicht wirklich souverän (wir ignorieren immer noch die Siedler). Palästinensische Hoffnungen auf Gerechtigkeit und Frieden würden nicht erfüllt. Palästinenser wären nun aber Bürger mit Erwartungen. Auch die internationale Gemeinschaft würde Fortschritt erwarten. Die palästinensische Führung müsste sehr schnell begreifen, dass auch ein schwacher Staat an Legitimität verlieren kann.

Wären die Palästinenser echte Bürger, dann hätten sie mehr Erwartungen. Auch an ihre Regierung.

Wie gewöhnlich wird dieser Prozess an den radikalen Flügeln der palästinensischen Gesellschaft beginnen – selbst wenn viele die Schuld bei Israel suchen werden. Gleichzeitig wird die mittlerweile wohlbekannte Logik ihre Wirkung entfalten: Die palästinensischen Führer müssen die Verantwortung übernehmen, ihre „Aufständischen“ nicht im Griff zu haben, während die Radikalen die Legitimität der Regierung im Inneren zu untergraben versuchen. Was uns zum nächsten Punkt führt:

Wir können davon ausgehen, dass die Situation an einer oder mehreren Stellen eskalieren wird, in Gaza, im Norden, in der Westbank, in Israel selbst oder überall gleichzeitig. Wenn gar in Jerusalem wieder Bomben in Restaurants und Bussen explodieren, wenn Raketen über Tel Aviv niedergehen, wenn ein Passagierflug-

zeug beim Anflug auf den Ben-Gurion-Flughafen abgeschossen wird, dann werden selbst skeptische Europäer verstehen, dass Israel keine Alternative hat, als entschlossen zu handeln. Aber künftig müsste es dann gegen einen Staat vorgehen. Niemand, der noch bei klarem Verstand ist, kann ein solches Szenario wollen.

Fügen wir einige veränderte Bedingungen hinzu. Der israelisch-palästinensische Konflikt war nie so zentral für die Zukunft der Region (oder für die Zukunft des Dschihadismus) wie viele westliche Experten lange behauptet haben – in fast unheimlicher Übereinstimmung mit vielen der nun stürzenden Despoten der Region. Der arabische Frühling der Revolten hatte innenpolitische Gründe in den jeweiligen Ländern. Nirgends wurden die arabischen Aufstände vom israelisch-palästinensischen Konflikt angefacht. Doch droht der Umkehrschluss zuzutreffen. Denn die Hamas ist innenpolitisch unter Druck. Die Machthaber in Gaza fürchten auf der einen Seite dschihadistische Extremisten und auf der anderen Seite die moderate Mitte. Beide Seiten fragen: Was haben uns fast vier Jahre Hamas-Herrschaft gebracht?

Diejenigen, die mit dem Gedanken spielen, Palästina im September anzuerkennen, sollten die Risiken bedenken: Der Konflikt rückt wieder ins Rampenlicht, eine Eskalation wird wahrscheinlicher, der Einsatz aber ist drastisch erhöht. Wer von all dem profitieren würde, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich wären es nicht die Palästinenser. Und zu viele Menschen auf beiden Seiten würden einen schrecklichen Preis bezahlen. Abbas zündelt mit seinem Uno-Vorstoß. Auf dem Spiel stehen die derzeitige zerbrechliche Ruhe, die Glaubwürdigkeit von Fatah und PLO, gute Beziehungen zu den USA und vor allem finanzielle Unterstützung. Andere palästinensische Politiker werden langsam nervös.

Die Europäer sollten den palästinensischen Bluff aufdecken. Sarkozys und Camerons Berater sollten noch einmal in sich gehen und sich an Angela Merkels skeptischer Haltung ein Beispiel nehmen.

PALÄSTINA-KONFLIKT KEINE RUHE IN NAHOST

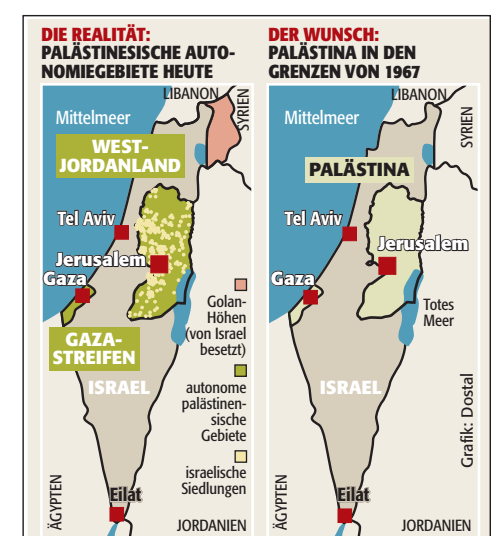
DER KONFLIKT

Seit Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 ist die Region nicht zur Ruhe gekommen: Die vergangenen sechs Jahrzehnte wurden durch sechs Kriege zwischen Israel und Nachbarstaaten sowie zahlreiche bewaffnete Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern geprägt.

DIE AUTONOMEN GEBIETE

1994 wurde den Palästinensern ein Autonomiestaat gewährt. Mit insgesamt 6020 Quadratkilometern ist Palästina doppelt so groß wie das Saarland. Präsident der Palästinensischen Behörde ist aktuell Mahmoud Abbas. Allerdings ist die Macht der Behörde nicht unbeschränkt. Teile des Gebiets sind vollständig unter israelischer Kontrolle. In jüdischen Siedlungen im Westjordanland leben rund 300.000 Israelis. Wegen gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen den palästinensischen Parteien Fatah und Hamas war Palästina überdies vier Jahre zugezerrt in einen von Hamas kontrollierten Gazastreifen und ein von Fatah kontrolliertes Westjordanland. Der Streit wurde trotz einer gemeinsamen Erklärung von April bis heute nicht beigelegt.

DER ZWEISTAATEN-ANTRAG



Seit Langem fordern die Palästinenser einen eigenen Staat. Palästinenserpräsident Abbas will am 20. September beim Uno-Sicherheitsrat die Anerkennung eines palästinensischen Staates beantragen. Er soll in den Grenzen von 1967 liegen. (ras)

DER AUTOR

THOMAS RID



Der promovierte Politikwissenschaftler lehrt am Londoner King's College. Zuvor war er in Washington, Paris, Jerusalem und Konstanz wissenschaftlich tätig. Hauptsächlich forscht er über die Strategien von Aufständischen im 21. Jahrhundert und über Militärstrategien in Zeiten des Internets. Mehr: www.thomasrid.org (foto: doering-manteuffel)